



Vorgestellt:

Thomas Kresse Miteinander - Füreinander!

Thomas Kresse setzt auf Kommunikation. „Nur wenn die Menschen umfassend informiert werden und dadurch verstehen, worum es in unserer Region geht, was sich ändern soll, können sie sich vorurteilsfrei eine Meinung bilden und sich für oder auch gegen etwas engagieren.“ So hat der 45jährige es in seiner bisherigen beruflichen Laufbahn immer gehalten. Ob als Diplompädagoge, als Fachbereichsleiter in der Neuruppiner Kreisverwaltung, als Personal- und Organisationsentwickler für die Justizvollzugsanstalten Wulkow und Wriezen im brandenburgischen Justizministerium oder seit 2018 als Direktor des Amtes Temnitz. Nicht von ungefähr hat der Sozialwissenschaftler in seiner Masterarbeit, die er berufs begleitend in der Kreisverwaltung OPR schrieb, die Herausforderungen im „Change-Management“ - Veränderungen und Widerstände mit Blick auf die kreislichen

Strukturen analysiert. Eine gute Grundlage für einen künftigen Landrat. Erfahrungen für eine solche Herausforderung sammelte der heute mit seiner Familie in Kränzlin Lebende auch in verschiedenen Leitungsfunktionen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern aber auch „im Westen“. Dort, in Niedersachsen oder NRW zu bleiben, war für ihn keine Option. Im Gegenteil. Als „Botschafter für Rückkehrer“ sagt er den jungen Leuten: „Geht rüber, geht in die Welt, sammelt Erfahrungen und kommt dann zurück in die Heimat. Hier werdet ihr wirklich gebraucht.“ Und wer Thomas Kresse kennt, weiß, dass er tolle Ideen hat, darüber spricht, sie dabei reifen lässt und sie dann mit den Menschen gemeinsam umsetzt.

So konzipierte er beispielsweise das Prinzip der Assistenzleistungen für Menschen mit Handicap, was heute ein

Rechtsanspruch ist, oder entwickelte gemeinsam mit dem Grimme-Preisträger Daniel Abma das „Knastradio-der Sound aus dem Knast“. Woher er derartige Ideen nimmt? „Ganz einfach. Ich schaue mir meinen Verantwortungsbereich genau an, analysiere Strukturen, Stärken und Schwächen und die konkreten Gegebenheiten und führe es gemeinsam mit Partner:innen, den gewählten Volksvertretern und Verantwortlichen aus Unternehmen zusammen. Und so werden Ideen in die Tat umgesetzt.“ Dabei kommt es ihm darauf an, Vertrauen in die Kraft der Gemeinschaft und demokratische Entscheidungen zu entwickeln, Kräfte zu bündeln und Projekte auf die Beine zu stellen. Ehrlich, kompetent und zuversichtlich. „Wir müssen endlich davon wegkommen, darüber zu diskutieren, was nicht geht, sondern Lösungen für Probleme suchen. Und was aus solchem Vorgehen



herauskommt, kann man in „seinem“ Amt sehen.

■ ■ Gerlinde Krahnert

P. S. Der Kreisvorstand der Linken OPR empfiehlt seinen Mitgliedern, die Kandidatur von Thomas Kresse als Landrat zu unterstützen. Am 16. März fällt die Entscheidung. Welche Ideen der parteilose Thomas Kresse für den Landkreis OPR umsetzen möchte, lesen Sie demnächst auf www.dielinke-opr.de und in unserer nächsten Ausgabe oder auf <https://whatsapp.com/channel/0029VbCIHUD-90x2qD8AGbE44>



Jetzt erst recht! Nachdem die Initiative „Schule satt“ trotz über 20.000 gültiger Unterschriften aus formalen Gründen vom Hauptausschuss des Brandenburger Landtages im vergangenen Jahr nicht zur Entscheidung zugelassen wurde, geht es im März in die nächste Runde. Ein breites Bündnis aus

Volksinitiative geht in die 2. Runde - für ein gebührenfreies und gesundes Mittagessen

Brandenburger Sozialverbänden, Gewerkschaften und Elternbeiräten e.V. bereitet mit anwaltlicher Begleitung durch Gregor Gysi den Neustart der Volksinitiative für ein gebührenfreies und gesundes Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 6 an allen Schulen in Brandenburg vor. Ein solches Angebot ist ein direktes Mittel gegen Kinderarmut und für mehr

Bildungsgerechtigkeit, sind die Bündnispartner sich einig.

Der offizielle Auftakt der Volksinitiative findet am 13. März mit einem Mittagstisch aus der roten Feldküche für ca. 100 Schüler:innen an der Potsdamer Stadtteilschule in Drewitz statt. Das Bündnis wird sich dort präsentieren, die Volksinitiative vorstellen und beim Sammeln erster Unterschriften mit Eltern und

Großeltern ins Gespräch kommen. „Auch in unserer Region wird es z. B. an Infoständen, in den Bürgerbüros der Linken und anderswo die Möglichkeit geben, für ein kostenloses Mittagessen für die Schulkinder zu unterschreiben“, geben die Kreisvorsitzenden der Linken, Thomas Domres und Ronny Kretschmer, bekannt.

■ ■ Gerlinde Krahnert

So sehe ich das:

Wofür sollen wir noch herhalten?

Offensichtlich steht Merz, Spahn und Co. das Wasser schon bis zur Unterlippe. Auch sie haben nämlich endlich erkannt, dass es mit der deutschen Wirtschaft nicht mehr bergauf geht. Deshalb stehen die Führungen von CDU/CSU und SPD massiv unter Druck. Sie müssen dringend Geld auftreiben.

Und wo kann man das am besten und schnellsten? Man holt es sich bei den arbeitenden Menschen. Um aber zu verhindern, dass diese das auch erkennen, werden immer wieder neue „Sauen durchs Dorf getrieben“. Erst geht es gegen Menschen, die Teilzeit arbeiten, ohne die Ursachen für Teilzeitjobs, wie mangelnde Kinderbetreuung oder Pflege älterer Angehöriger, zu beseitigen. Dann

diskutiert man darüber, die Zahnbehandlung aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung zu streichen. Und dann will man auch noch bei der gesetzlichen Rentenversicherung die Axt anlegen. Aber es gibt ja dann auch noch die Möglichkeit, bei der Grundsicherung was zu machen.

Offensichtlich geht es Merz, Spahn usw. nur darum, ihre Klientel - die Multimillionäre und Milliardäre - vor jeglichen Einschnitten zu schützen. Eine Reform der Erbschafts- oder Vermögenssteuer passt gar nicht ins Konzept der Regierenden. Wäre das doch ein Angriff auch auf ihr eigenes Vermögen und das ihrer Klientel. Da ist es doch viel einfacher, den Normalbürger und seine Kinder zu schröpfen.

Nun gibt es dabei aber ein Problem. Merz, Klingbeil und ihre Anhänger wollen ja wiedergewählt werden, und dazu brauchen sie das Votum der einfachen Bürger. Aber, und das zeigen die aktuellen Umfragen (auch in Vorbereitung auf die 5 Landtagswahlen in diesem Jahr), die Regierungsparteien verlieren immer mehr Zuspruch. Deren verantwortungsloses Agieren zerstört unsere Demokratie und treibt die Menschen in die Fänge der AfD.

Wie verlässlich die CDU mit ihren Aussagen ist, können wir Brandenburger spätestens bei der Konstituierung der rot/schwarzen Regierung erleben. Stand doch die SPD-Bildungspolitik mit Recht massiv in der Kritik der



Schüler und Eltern, wobei sich die CDU-Landtagsfraktion dieser Kritik vollinhaltlich anschloss. So kritisiert die CDU Brandenburg, dass durch die Brandenburger SPD-Bildungspolitik die Zukunft des Landes aufs Spiel gesetzt wird. Mit der Regierungsbeteiligung hat die CDU die einmalige Chance, u. a. die Bildungspolitik wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

■ ■ Achim Müller

Benachteiligung schadet der Gesellschaft

Zur Teilschließung der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg



der Evangelischen Kirche und und und. Eine Petition gab es auch mit fast 6000 Unterschriften. Die wurde schlicht nicht entgegengenommen. Wie bitte?

Der Bund hat in den letzten 3 Jahren flächendeckend den Aufbau von Beratungsstellen für Betroffene von Diskriminierung finanziert. In Brandenburg konnte so das bereits bestehende Beratungsangebot für Betroffene von rassistischer Diskriminierung ausgebaut werden für Menschen, die aufgrund des Geschlechts, einer Behinderung oder chronischen Krankheit, des Alters oder der sexuellen Orientierung/Geschlechtsidentität Diskriminierung erfahren haben. Ab Januar hätte das Land diese

„Allgemeine Antidiskriminierungsberatung“ weiter finanzieren müssen. Aber es gibt keinen Cent und keinen Respekt für diejenigen, die sich dafür einsetzen.

„Diskriminierung ist nicht nur ein Problem derjenigen, die sie erleben. Diskriminierung schadet der Wirtschaft, gefährdet die Demokratie und den Rechtsstaat,“ so Ferda Ataman, Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und was im Bund gilt, gilt erst Recht in Brandenburg. Bestehen bleibt die Beratungsstelle für Betroffene rassistischer Diskriminierung. Das sind tatsächlich die meisten Diskriminierungsfälle sowohl im Bund (43%) als auch in Brandenburg. Für alle anderen, die

Diskriminierung erleben, fällt die Beratung in Brandenburg nun leider weg.

■ ■ bms

Geht's noch? Nicht mal eine höfliche Antwort kam von der Staatskanzlei auf die Schreiben des Betreibervereins Opferperspektive, des DGB, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege,



Darf's ein bisschen mehr sein?

Die Linke schlägt eine Vermögenssteuer vor, die dazu führt, dass hohes Vermögen weniger stark zunimmt. Die Länder, Städte und Gemeinden aber könnten damit viel investieren. Was heißt das für unsere Region?

Die Linke will die Vermögenssteuer wieder einführen. Damit will sie die Gesellschaft gerechter machen. „Inzwischen besitzen die zwei reichsten Familien mehr, als 42 Millionen Deutsche: 40 Prozent haben sehr wenig bis überhaupt keine Ersparnisse – knapp 10 Prozent sind sogar verschuldet.“ heißt es auf der Homepage der LINKEN. Die Linke hat aktuell von einem Wirtschaftsinstitut berechnen lassen, wie viel Geld das einbringen würde. Rund 105 Milliarden Euro pro Jahr kämen dabei heraus, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) spricht sogar von fast 150 Milliarden Euro.

Die Vermögenssteuer soll es laut Grundgesetz geben, sie wurde aber 1997 ausgesetzt und wird seitdem nicht mehr erhoben.

Einnahmen daraus würden an die Bundesländer gehen, diese wiederum könnten knapp 20 Prozent davon an die Städte und Gemeinden weiterreichen. Dadurch könnten viele Investitionen möglich werden. Das Geld könnte für bezahlbaren Wohnraum, öffentlichen Nahverkehr, Gesundheitsversorgung und die Sanierung von Schulen ausgegeben werden.

Insgesamt müssten nur rund 1,5 Prozent der Menschen in Deutschland Vermögenssteuer zahlen, geht aus der Berechnung hervor. Es gibt die Bewegung „Tax the rich“, auch eine gleichnamige Petition an den Bundestag, initiiert vom Netzwerk Attac. Auch Betroffene finden das richtig. Auf dem Nachrichtenportal tagesschau.de rechnete ein Multimillionär vor, dass sich bei der derzeitigen Abgabenlage in Deutschland innerhalb von 30 Jahren, ein hohes Vermögen versiebzehnfachen würde. Nach der Vermögenssteuer, wie Die Linke sie plant, würde sich das Vermögen im gleichen Zeitraum „nur noch“ verelffachen.

Die Linke hat übrigens auch berechnet, was diese Einnahmen für die Bundesländer und Kommunen bedeuten würden. Das Land Brandenburg erhielt 2025 zum Beispiel rund 1,8 Milliarden vom Bund, davon gingen nach Ostprignitz-Ruppin rund 69,9 Millionen Euro, die an die Kommunen entsprechend der Einwohnerzahl weitergegeben wurden. So erhielt Kyritz beispielsweise rund 6,6 Millionen, Neuruppin rund 25,7 Millionen und Rheinsberg rund 5,8 Millionen Euro. Gäbe es zusätzlich die Vermögenssteuer der LINKEN, würden knapp 30 Prozent dazukommen. Für Kyritz wären das rund 1,9 Millionen, für Neuruppin 7,6 und für Rheinsberg rund 1,7 Millionen Euro.

In der Prignitz sieht das nicht anders aus. Dieser Landkreis erhielt im Jahr 2025 vom Land Brandenburg knapp 46 Millionen Euro. Davon erhielt Perleberg rund 8, Wittenberge rund 13,6 und Pritzwalk rund 4,3 Millionen Euro. Gäbe es die von der Linken vorgeschlagene Vermögenssteuer, kämen für Perleberg rund

Vorschlag der LINKEN für eine Vermögenssteuer:

Es wird Vermögen über einer Million Euro besteuert, Schulden (z.B. Kredite für die Finanzierung von Eigenheimen) werden zuvor abgezogen.

Das Vermögen gilt pro Person.

Jährliche Steuer ab einem Vermögen von

- einer Million Euro: 1 Prozent
- 50 Millionen: 5 Prozent
- einer Milliarde: 12 Prozent

2,3, für Wittenberge rund 4 und für Pritzwalk rund 1,2 Millionen Euro dazu. Geld, worauf keine Kommune verzichten kann. Es ist an der Zeit, sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einzusetzen.

■ bc, gk

Arbeitszwang für 80 Cent pro Stunde ist verfassungswidrig

Dieses Urteil schützt nicht nur Asylsuchende und Geduldete.



Es wirkte ungewollt komisch, als Mario Schulz vom ‚Dritten Weg‘ der AfD im Prignitzer Kreistag Volksverrat vorwarf.

Das war im Oktober letztes Jahr, als ausgerechnet die AfD ihren Antrag zur Schaffung von 80-Cent-Zwangsjobs für Geflüchtete mit deren Integration begründete. Dass es sich bei solchen ‚Jobs‘ nicht um Integration, sondern um Schikane und Stimmungsmache handelt, können wir nun durch eine Gerichtsentscheidung bestätigt sehen.

Das Sozialgericht Karlsruhe hat die Sanktionen, mit denen diese Arbeiten per Gesetz erzwungen werden sollen, als „eindeutig verfassungswidrig und daher nicht anwendbar“

bezeichnet. Die Höhe der angedrohten Kürzung der so wieso schon extrem niedrigen Asylbewerberleistungen auf das rein körperliche Erhaltungsminimum sei unverhältnismäßig und unzureichend zur Deckung des menschenwürdigen Existenzminimum. Die Aufwandsentschädigung von 80 Cent/Stunde findet das Gericht außerdem „beschämend niedrig“ und ein arbeitsmarktintegrierender Charakter sei vor allem bei Menschen ohne Zugang zum Arbeitsmarkt nicht erkennbar.

Das ist eine Ohrfeige für den

Gesetzgeber und alle Kommunen, die einen solchen Arbeitszwang bereits eingeführt haben, oft unter Federführung der CDU. Die Linke hat die unwürdigen Bedingungen der 80-Cent-Jobs immer abgelehnt, genauso wie den Zwang zur Annahme von Ein-Euro-Jobs für Erwerbslose, der immer noch bei ‚fehlender Mitwirkung‘ angewandt wird. Übrigens der Antrag der AfD im Prignitzer Kreistag wurde mit nur knapper Mehrheit abgelehnt.

■ bms

Neue Feuerwehrhauptwache in Neuruppin - eine Frage des Geldes



Die Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung befasste sich am 24. Februar in einer Sondersitzung mit dem neuen Gefahrenabwehrbedarfsplan

und der Finanzierung einer neuen Feuerwehrhauptwache. Es besteht dringender Handlungsbedarf, da schlichtweg der Platz am historischen Standort der Feuerwehr fehlt, um Technik und Personal bedarfsgerecht unterzubringen. Insoweit ist unstrittig, dass eine neue Hauptwache gebraucht wird. Aber woher soll das Geld dafür kommen? Eine Wirtschaftlichkeitsanalyse prognostizierte Kosten von bis zu 103 Millionen Euro für einen in Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) realisierten Neubau. Die schlechteste aller Varianten, wie nicht nur Die Linke feststellte. Doch selbst wenn der Neubau über mehrere Jahre gestreckt durch die Verwaltung verantwortet wird, rechnet

man mit Gesamtkosten von rund 36 Millionen Euro. Die Verwaltung schlägt vor, sämtliche Mittel aus dem kommunalen Infrastrukturalpaket - immerhin 13,6 Millionen, die Neuruppin erhält - für die Feuerwehr zu verwenden. Dann wäre aber gar nichts mehr verfügbar für ebenso dringliche Investitionen (Frauenhaus, Straßen, Radwege oder das Jahnbad). Für Die Linke schwer vorstellbar. Zudem müssten weitere 22 Millionen Euro kreditfinanziert werden. Das geht aber nur, wenn im Ergebnishaushalt der Fontanestadt mind. 1 Millionen Euro jährlich erwirtschaftet werden. Dem stehen wiederum deutliche Minuserträge der letzten Jahre entgegen, die nur durch einen Griff in die Rücklage

ausgeglichen werden konnten. Diese ist nun aufgebraucht. Um trotzdem eine Million an Plus zu erwirtschaften, müssten also zwei Millionen jährlich eingespart werden. Und da richtet sich nun der begehrliche Blick einiger Stadtverordneter auf die sogenannten freiwilligen Leistungen. Also auf Mittel, die für Soziales, Kultur, Sport und Jugend zur Verfügung stehen. Dagegen hat Die Linke entschiedenen Widerstand angekündigt. Unsere Stadt totzusparen um einen Feuerwehrneubau, so nötig dieser auch ist, zu realisieren, wird es mit uns nicht geben. Die nächsten Haushaltsberatungen versprechen einiges an Spannung.

■ Ronny Kretschmer

Klare Mehrheiten für Transparenz und Zukunft

In der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Kyritz am 25. Februar wurden zahlreiche Entscheidungen mit deutlichen Mehrheiten getroffen. Die Beratungen zeigten, dass kommunale Politik dann besonders stark ist, wenn sie konkrete Probleme vor Ort in den Mittelpunkt stellt und nicht ideologische Gräben vertieft.

Ein wichtiges Signal ging von der breiten Unterstützung für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung beim Planungsverfahren zur Müritz-Elbe-Leitung aus. Große Infrastrukturprojekte dürfen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg geplant werden. Frühzeitige Information und echte Mitsprache sind Voraussetzungen dafür, dass Interessen

der Region berücksichtigt werden.

Auch in Fragen der Stadtentwicklung wurden wichtige Schritte beschlossen. Planungen für erneuerbare Energien und neue Nutzungsmöglichkeiten von Flächen wurden vorgebracht. Damit übernimmt die Stadt Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung, ohne die Belange der Einwohner aus dem Blick zu verlieren.

Weitere Beschlüsse betreffen organisatorische und finanzielle Fragen der Stadtverwaltung sowie Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Ziel bleibt eine handlungsfähige Kommune, die ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen kann und gleichzeitig soziale



Verantwortung übernimmt.

Die Sitzung hat gezeigt, dass sachliche Zusammenarbeit möglich ist, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht. Klare Mehrheiten geben Stabilität und Planungssicherheit. Für uns als Linke bleibt entscheidend,

dass kommunale Entscheidungen den Menschen vor Ort zugutekommen - durch Transparenz, soziale Orientierung und eine verlässliche öffentliche Infrastruktur.

■ Holger Kippenhahn
LGW-Fraktion

Das Ziel sind Tarifverträge

Die „Märkische Linke“ sprach mit Torsten Schulz, Verhandlungsführer von ver.di im Krankenhaus Perleberg, über die Vorteile von Tarifverträgen

ML: Ab Januar erhalten rund 750 Mitarbeiter im Kreiskrankenhaus Prignitz bis zu zwölf Prozent mehr Gehalt. Warum ist ver.di damit nicht zufrieden?

Aus unserer Sicht werden die Lohnsteigerungen sehr beschönigt dargestellt. Die zwölf Prozent Steigerung erhält nur ein geringer Teil der Belegschaft, zum Beispiel die Pflegekräfte in der Psychiatrie.

Dieser Bereich hat sich besonders stark gewerkschaftlich organisiert, weil der Unmut sehr groß war. Alle Pflegekräfte auf den anderen Stationen hatten eine sogenannte Erschwerniszulage von 400€ monatlich bekommen, die Beschäftigten in der Psychiatrie jedoch nicht. Da die Erschwerniszulage nun gestrichen wurde, gehen wiederum die Pflegekräfte auf den somatischen Stationen quasi leer aus.

ML: Was würde die Klinik mit

einem Tarifvertrag gewinnen?

Ein Tarifvertrag ist ein Qualitätssiegel und ein Aushängeschild für jede Klinik. Er schafft weiterhin Sicherheit für die Beschäftigten und klare Verhältnisse für potentiell neue Fachkräfte.

ML: Wie ist die Stimmung in der Belegschaft?

Die Stimmung ist sehr gemischt. Für Einige gab es deutliche Lohnsteigerungen, für Andere wiederum fast gar nichts. Den Beschäftigten geht es aber um mehr als den Lohn.

Es geht um die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, Ausgleich für Schichten zu ungünstigen Zeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und viele weitere Themen. 23 Jahre nach Gründung des Kreiskrankenhaus wollen die Beschäftigten endlich über ihre Arbeitsbedingungen mitbestimmen und das geht nur mit einem Tarifvertrag.

ML: Wie geht es weiter?

Wir werden nicht locker lassen, denn schon viele Kolleginnen und Kollegen

haben sich organisiert. Eine Tarifkommission wählen und den Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen auffordern werden wir aber erst, wenn sich die Mehrheit der nichtärztlichen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert hat.

ML: Wie sieht es mit der Organisierung in Neuruppin aus?

Mit den Ruppiner Kliniken haben wir ein Universitätskrankenhaus, das gewerkschaftlich gut aufgestellt ist und wo die Beschäftigten durch Arbeitskämpfe in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen per Tarifvertrag durchsetzen konnten. Bis Ende 2027 haben dort alle Beschäftigten den Lohn zu 100% nach dem TVöD. Dort gibt es jetzt schon die 39-Stunden-Woche und mit einem Tag zusätzlichen Urlaub pro Jahr auch eine Vorzugsregelung für ver.di-Mitglieder.

ML: Studien sehen einen direkten Zusammenhang zwischen Tarifbindung und Lohnniveau. Beides ist in Ostdeutschland

Vor genau 25 Jahren, am 19. März 2001, wurde die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di als Zusammenschluss von fünf Einzelgewerkschaften gegründet. Sie hat heute rund 1,8 Millionen Mitglieder und ist die zweitgrößte Gewerkschaft nach der IG Metall.

ML gratuliert und wünscht zum Jubiläum viele neue Mitglieder aus der Prignitz und dem Ruppiner Land.

geringer als im Westen. Woher kommt das?

Die Tarifbindung ist historisch gewachsen im ehemaligen Westen deutlich höher. Die Tarifflicht der Arbeitgeber hat sich nach der Wende deutlich verschärft und das wieder aufzulösen ist ein harter und schwerer Kampf. Doch wir sehen in Brandenburg, dass die Tarifbindung im Gesundheitswesen deutlich zunimmt.

■ bms

Organisierung lohnt sich – IG-Metall erreicht guten Tarifabschluss in Pritzwalk



Mehrfach haben wir vom Arbeitskampf im Zahnradwerk Pritzwalk berichtet. Endlich hat die Betriebsleitung eingelenkt. Nach acht Warnstreiks und einem Jahr voll zäher Verhandlungen kam es im Februar zum Tarifabschluss: Rückwirkend zum 1. Januar bekommen die rund 200 Beschäftigten zwischen 6 und 14 Prozent mehr Lohn. Bei

den unteren Lohngruppen ist die Erhöhung am größten, bis zu 14 Prozent. Bei guter Geschäftslage kommt in den Jahren 2027 und 2028 eine Umsatzbeteiligung dazu, die sich auf die prozentualen Lohnerhöhungen niederschlägt. Außerdem haben die Tarifparteien die Einführung möglicher Zulagen für besondere Qualifikationen vereinbart.

Anne Borchelt, Verhandlungsführerin für die IG Metall, hat schon viel erlebt, aber diesen Arbeitskampf fand sie besonders hart. Mehrere Schlichter mussten hinzugezogen werden. „Es ist ein Ergebnis, mit dem die Belegschaft gut leben kann,“ sagt sie erleichtert.

■ bms

Ein stabiles Rentensystem ist möglich – CDU will einen späteren Renteneintritt. Die Linke stellt ein verfassungskonformes Rentenkonzept vor, das dem in Österreich ähnelt.



Die Rentenkommission der Bundesregierung berät über Reformvorschläge, die bis Mitte des Jahres vorgelegt werden sollen. Es gibt erste Signale, dass es darum geht, das Renteneintrittsalter weiter nach oben zu schieben. So hat Jens Spahn, CDU-Bundestagsfraktionschef, gegenüber zdf-Heute gesagt, „wenn man 100 Jahre alt wird, kann man nicht mit Mitte 60 aufhören zu arbeiten“. Er fordert einen sehr viel späteren Renteneintritt.

„Abgesehen davon, dass 100 Lebensjahre eine Illusion sind, vor allem arme Menschen haben eine geringere Lebenserwartung, ist das nicht das richtige Herangehen“ kommentiert Ines Schwerdtner, Parteivorsitzende der Linken, am 16. Februar auf einer Pressekonferenz. Die Partei hat ihr Rentenkonzept noch einmal vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages prüfen lassen. Herausgekommen ist, dass es

durchgerechnet und verfassungsrechtlich zulässig sei. Wesentlicher Bestandteil: Alle Erwerbstätigen zahlen ein, auch Beamte, Selbstständige, Abgeordnete. Der Arbeitgeberbeitrag wird wieder etwas angehoben, denn der sei schon lange nicht mehr paritätisch, die Belastungen wurden zunehmend auf die Arbeitnehmer:innen übertragen, so Schwerdtner.

Im Konzept der Linken ist auch eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze vorgesehen. Diese beträgt zurzeit 8.450 Euro monatlich, für Einkommen darüber muss kein Rentenbeitrag mehr gezahlt werden. Im Endeffekt könnte das gesetzliche Rentenniveau sogar von derzeit 48 auf 53 Prozent angehoben werden, so Schwerdtner.

Ines Schwerdtner verwies noch einmal ausdrücklich auf das Rentensystem im

Nachbarland Österreich. Dort zahlen alle Erwerbstätigen ein, Schritt für Schritt zum Beispiel auch Beamte, die vorher davon ausgenommen waren. Der Beitragssatz beträgt 22,8 Prozent, wobei der Arbeitgeberanteil höher als der Arbeitnehmeranteil ist, nämlich 12,55 Prozent, während Arbeitnehmer 10,25 Prozent tragen. Gezahlt wird eine Rente von 80 Prozent nach 45 Beitragsjahren und sogar 14mal im Jahr, also mit Urlaubs- und Weihnachtsrente. Außerdem gibt es für Menschen mit geringem Einkommen eine Ausgleichszulage, um Altersarmut zu vermeiden. „Wenn Österreich ein stabiles Rentensystem hinbekommt oder auch andere Länder wie Schweden oder Spanien, dann muss das auch in Deutschland möglich sein“, fordert Schwerdtner.

■ ■ bc

Die Linke hilft. Rentenberatung

Als ehrenamtlicher Versichertenältester der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg unterstütze ich Bürgerinnen und Bürger ab sofort auch in Neuruppin wohnortnah und kostenfrei bei Fragen rund um die gesetzliche Rente. Das Angebot richtet sich an Versicherte, Rentnerinnen und Rentner sowie Personen, die sich frühzeitig über ihren Renteneintritt informieren möchten. Unterstützt wird insbesondere beim Ausfüllen von

Rentenanträgen (Altersrente, Erwerbsminderungsrente, Hinterbliebenenrente) sowie bei Kontenklärungsanträgen. Darüber hinaus erfolgt eine allgemeine Beratung zum optimalen Renteneintritt und zu weiteren rentenrechtlichen Fragestellungen. Das Angebot wurde bisher sehr gut angenommen, zu jedem Termin gab es zwei bis vier Anmeldungen, die nächsten Dienstage wurden auch schon angefragt. Alle Anträge werden unmittelbar



digital an die DRV weitergeleitet; die Versicherten erhalten eine entsprechende Antragsbestätigung.

Die Beratung erfolgt an jedem 2. Dienstag im Monat im Bürgerbüro der Linken in der Schinkelstraße 13 in Neuruppin. Sprechzeiten sind jeweils ca. 16-18:00 Uhr.

Um telefonische Voranmeldung wird gebeten unter: 0151/27551564.

Unter dieser Nummer erhalten Interessierte auch Auskunft zu den erforderlichen Unterlagen.

■ ■ Uwe Dröbler

Presserat rügt die Springerpresse wegen Hetze gegen Zivilgesellschaft

Vor einem Jahr gingen Tausende gegen den Schulterchluss von Friedrich Merz mit der AfD auf die Straße. WELT und BILD behaupteten damals, die Proteste seien von der Ampel-Regierung mitfinanziert worden. Inzwischen hat der Deutsche Presserat mehrere dieser Artikel gerügt. Fehlende Belege und vage Formulierungen seien ein Verstoß gegen die Sorgfaltspflicht und die erwähnten Organisationen seien „funda-

mental in Misskredit gebracht“ worden. Trotz dieser Rüge halten sich die substanzlosen Behauptungen als rechte ‚Gewissheit‘ in den sozialen Medien. Der angerichtete Schaden für die Demokratie ist groß. Mehr über das Vorgehen der Springerpresse erfährt man bei ÜberMedien <https://www.presserat.de/presse-nachrichten-details/mehrere-ruegen-fuer-nahost-berichterstattung.html>

■ ■ red



Mal ein ganz anderer Unabhängigkeitstag



Unser digitales Leben befindet sich in der Hand weniger Überreicher wie Elon Musk, Jeff Bezos oder Mark Zuckerberg. Sie bestimmen weltweit, wie wir uns online informieren, wie wir diskutieren, kommunizieren oder handeln und sie speichern unsere Daten. „Einen solchen unkontrollierten Einfluss

sollte kein Mensch und kein Unternehmen besitzen, weil wir dann nicht mehr in Freiheit leben können“, so die Initiative Digitaler Unabhängigkeitstag auf ihrer Webseite „di.day/de“. Der Digitale Unabhängigkeitstag ist der erste, der ohne Paraden auskommt und 12 Mal im Jahr stattfindet, wenn wir

mitmachen und jeden ersten Sonntag im Monat von einem Dienst der BigTech-Monopolisten zu einer Alternative wechseln. Ob Messengerdienste wie WhatsApp, Social-Media-Plattformen oder Google Maps, es gibt Alternativen für alles. Auf der Webseite <https://di.day/> findet man

sie als „Wechselrezepte“ mit Tipps, wie der Wechsel funktioniert. Jeden ersten Sonntag kommt ein neues dazu. ML findet das gut und freut sich, wenn viele mitmachen.

#DiDay (Englisch: Digital Independence Day).

■ ■ red

Der Kampf hat sich gelohnt und geht weiter

In den vergangenen Wochen hat die Initiative „My Voice, my choice“ europaweit Unterschriften dafür gesammelt, dass jede Frau in Europa die Möglichkeit einer sicheren und zugänglichen Abtreibung haben muss. An der Petition, gerichtet an die Europäische Kommission, haben sich 1,2 Millionen Europäer:innen, auch Mitglieder unseres Landesverbandes beteiligt. Und die Initiative errang einen wichtigen Teilerfolg. Am Donnerstag bestätigte die Kommission erstmals

unmissverständlich, dass EU-Mittel verwendet werden können, um den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten – insbesondere für Frauen in prekären Situationen, unabhängig davon, woher sie in Europa kommen. Das ist nicht nur symbolisch. Es ist eine politische Verpflichtung gegenüber den Rechten der Frauen.

Die Kommission kam zu dem Schluss, dass das Ziel der Initiative am besten durch eine Finanzierung

aus dem ESF+-Programm erreicht werden kann. Zwar wird kein neues Rechtsinstrument geschaffen, aber die Kommission hat offiziell anerkannt, dass die Forderungen erfüllt werden können, und einen konkreten Weg für die praktische Umsetzung aufgezeigt.

Jetzt geht der Kampf weiter. Gemeinsam mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus verschiedenen Fraktionen wurde unmittelbar die Kommission aufgefordert, die Vorschläge für zusätzliche

zweckgebundene Mittel zu unterstützen, die die Unterstützerinnen und Unterstützer in den Haushaltsverhandlungen vorlegen werden. Die Kommission soll jetzt schnell handeln, um die Forderungen des Beschlusses umzusetzen: Den Mitgliedstaaten klare Anweisungen zu geben, wie sie mit EU-Mitteln sichere Abtreibungsdienste anbieten können, und eine Informationsplattform für Patientinnen einzurichten.

Wirtschaftsministerin Reiche boykottiert die Energiewende



Ohne Frage, bei der Umsetzung und Ausgestaltung der Energiewende gibt es jede Menge Probleme. Ablehnung von Projekten, unzureichender Netzausbau, fehlende Speicher, schwindende Akzeptanz, hohe Preise und so weiter. Wenn man nun aber denkt, die Regierungen und Regierungskoalitionen im Bund und Land möchten die Probleme lösen, irrt man gewaltig. Dann kommt nämlich Frau Reiche um die Ecke mit einem 10-Punkte-Plan, bremst den Ausbau von Wind und

Solar und stellt erst Mal die bisherigen Ausbauziele und somit auch die gesteckten Klimaziele in Frage.

Sie will die Förderung für erneuerbare Energien einschränken, insbesondere wenn Netzengpässe auftreten. Beispielsweise sollen Entschädigungen für Wind- und Solaranlagen entfallen können, wenn diese wegen fehlender Netzkapazität abregelt werden. Statt sich für den Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten einzusetzen, hemmt sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Mit ihrem „Netzpaket 2026“ gibt sie obendrein den bisherigen Vorrang von Wind- und Solarenergie beim Netzananschluss auf. Netzbetreiber sollen künftig mehr Entscheidungsspielraum haben, welche Anlagen zuerst oder überhaupt ans Netz gehen. Das ist insbesondere für unsere Region mit den vielen Wind- und PV-Anlagen ein herber Schlag. Schon mit der Entscheidung der Ampelregierung, die Prignitz nicht ans Wasserstoffnetz anzuschließen, ist ein enormer Schaden entstanden. Jetzt droht sich das abgehängt

Werden im Stromnetzausbau fortzusetzen.

Themen, die kein Geld, sondern nur politischen Willen kosten, werden nicht angegangen. So gibt sie die Flächenzielplanung (2 % der Landesfläche) nicht auf und sorgt auch nicht dafür, dass in diese Flächenzielplanung alle Bestandsanlagen einbezogen werden. Das würde gerade in unserer Region für Entspannung sorgen.

Während Reiche propagiert, Energiepolitik an Marktinteressen, z.B. der Netzbetreiber, auszurichten, fordert Die Linke schnelleren, stärkeren und sozial gerechten Ausbau von Windenergie und andere Erneuerbare - mit klaren Förderstrukturen und Bürgerbeteiligung. Energiewende und sozialer Ausgleich müssen zusammengehen – z. B. durch öffentliche bzw. genossenschaftliche Beteiligung, öffentliche Kontrolle der Netze sowie sozialen Schutz für Verbraucherinnen und Verbraucher.

■ Thomas Domres

Damit aus einem Denkkzettel kein Bumerang wird. Schauen Sie genau hin.

Wählen ja! AfD nee!

Viele Menschen sind sauer und wütend über die aktuelle Politik. Wir leben in einer Zeit, die viele komplexe Fragen aufwirft - und nicht nur einfache Antworten gibt. Die AfD erscheint Vielen als Alternative, zumindest aber für einen Denkkzettel gegen „die da oben“ gut.

Es geht aber nicht gegen die da oben, es geht gegen uns alle. Die AfD erscheint vielen Wahlberechtigten gerade

attraktiver denn je. Dabei zeigt ein Blick in das Programm der Partei: Menschen, die die AfD wählen wollen, würden am stärksten unter der AfD-Politik leiden.

www.afdnee.de will Sie darüber aufklären, dass eine Stimme für die AfD in Wirklichkeit eine Stimme gegen Ihre eigenen Interessen ist.

■ red



Termine

12.3. // 18.30 Uhr
Neumitgliedertreffen Stadtverband Neuruppin
Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

16.3. // 18 Uhr
Mitgliederversammlung Die Linke OPR mit Vorstellung von Thomas Kresse (Einzelbewerber zur Landratswahl)
Bluhm´s Hotel & Restaurant 16866 Kyritz

27.3. // ab 17 Uhr
Wahlversammlung für den neuen Stadtvorstand Die Linke Neuruppin
Schloßgarten Cafe Neuruppin

10.4. // 9-11 Uhr
Infostand der Linken
16866 Kyritz Marktplatz

ab 6.3.
Brandenburgische Frauenwoche mit Veranstaltungen in verschiedene Orten unter dem Motto „Wut trifft Feminismus“

Jeden 2. Dienstag // 16-18 Uhr
Beratung zu Fragen zur Rentenversicherung durch den Ehrenamtlichen Versichertenältesten Uwe Dröbler
Termine unter:
0151/27551564
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR, Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

www.dielinke-opr.de
www.dielinke-prignitz.de

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Jürgen Schubert, Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG